

Zuwanderung unproblematisch

Diskussionsrunde der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft mit Politikern

Von Severin Klinkmüller

MÜNSTER. Seit Mai dieses Jahres sind die Grenzen für Arbeitnehmer aus den acht östlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nun tatsächlich gefallen. Sieben Jahre nach deren Beitritt im Jahre 2004 gilt damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien im gesamten Unionsgebiet. Aus diesem Anlass lud am vergangenen Mittwoch die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Münsterland (CDA) zu einer Diskussionsrunde in die Agentur für Arbeit Münster ein.

Neben Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände diskutierten Dr. Markus Pieper (CDU), Abgeordneter im Europaparlament für das Münsterland, sowie Bernhard Tenhumberg (CDU), Mitglied des Landtages über die Herausforderungen, die sich hieraus für den deutschen Arbeitsmarkt ergeben. Diese neue Arbeitnehmerfreizügigkeit habe, so Tenhumberg, in der Bevölkerung „gewisse Verunsicherungen und Ängste produziert“. Pieper eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, er sei gekommen, um zuzuhören und um „Hausaufgaben mitzunehmen“.



»Deutschland hat keine Willkommenskultur für ausländische Arbeitskräfte.«

Prof. Dr. Bodo Risch,
stv. Hauptgeschäftsführer
der IHK Nord Westfalen

Für Arbeitnehmer aus den acht östlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind die Grenzen gefallen. Über die Herausforderungen, die sich für den deutschen Arbeitsmarkt ergeben, diskutierte die CDA mit Politikern. Foto: dpa

Es dauerte nicht lange, bis die rund 20 Experten diesen Hinweis aufnahmen und klare Forderungen an die deutsche Arbeitsmarktpolitik formulierten. Entgegen der Annahme ihrer Gastgeber vertraten die Teilnehmer übereinstimmend die Ansicht, dass die Zuwanderung von Arbeitnehmern keines-

wegs ein Problem für den deutschen Arbeitsmarkt darstelle. Mit nur etwa 4500 zugewanderten Arbeitskräften in NRW seit Beginn der neuen Freizügigkeit sei dies deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Im Gegenteil müsste sich die deutsche Gesellschaft viel stärker als bisher um ausländische Arbeitskräfte bemü-

hen. Nur so könne dem demografischen Wandel und dem Arbeitskräftemangel entgegengewirkt werden.

Dringend notwendig sei besonders der Abbau bürokratischer Hürden und die Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen. Vertreter der Arbeitgeber- wie

auch der Arbeitnehmerverbände waren sich einig, dass die derzeitigen Bedingungen alles andere als ideal seien. Zugespitzt formulierte es Prof. Dr. Bodo Risch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Nord Westfalen: „Deutschland hat keine Willkommenskultur für ausländische Arbeitskräfte.“